

13.09

Abgeordneter Walter Rauch (FPÖ): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Der Klimaschutz ist eine internationale Aufgabe. Das Abkommen von Paris zeigt natürlich auch, was auf uns hier in Österreich zukommen kann.

Warum sage ich **kann?** – Wir alle kennen zwar die Rahmenbedingungen, was wir aber nicht kennen, ist der Weg, wie wir diese Ziele erreichen sollen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) In diesem Sinne möchte ich Ihnen, Herr Bundesminister, noch einmal für die Umwelt-Enquete, die vor einigen Tagen – vor eineinhalb Wochen, glaube ich – hier stattgefunden hat, danken. (*Zwischenruf der Abg. Brunner.*) – Frau Kollegin Brunner, Sie haben es erwähnt, okay; dann erwähne ich es auch am Rednerpult. (*Abg. Glawischnig-Piesczek: Die Enquete hat schon das Parlament gemacht!*)

Herr Bundesminister, es war schade, dass Sie diese Enquete gleich am Anfang, nach Ihrem Eingangsstatement verlassen haben. Ich verstehe natürlich, Sie haben Ihre Termine, das ist verständlich, aber insgesamt war es schon irgendwie bezeichnend, dass der Verkehrsminister und der Umweltminister nach ihren Eingangsstatements diese Enquete verlassen haben, obwohl es ein sehr interessanter Tag betreffend Bau- und Raumordnung, Verkehr, Industrie, Infrastruktur und Klimaforschung war.

Es waren sehr viele Experten und Sozialpartner hier, die uns in vielen Punkten auch neue Erkenntnisse gebracht haben, obwohl wir, die FPÖ, nicht mit allen übereinstimmen. Ich sage hier ganz offen und ehrlich, dass wir bei vielen Punkten, die uns hier dargelegt wurden, nicht mitstimmen können, und wir werden dieses Abkommen heute hier in dieser Form nicht mitbeschließen, denn, wie schon vorhin erwähnt, wir kennen zwar all die Ziele, was wir aber nicht kennen, ist der Weg dorthin (*Abg. Brunner: ... beschließen!*), wie wir diese Ziele erreichen sollen, und das ist das Entscheidende.

Wir in Österreich sind natürlich wieder die Musterschüler, versuchen im Vorfeld, als Musterschüler aufzutreten. Eine spannende Aussage von Dr. Eder von der voestalpine, der bei dieser Enquete dabei war, möchte ich hier erwähnen; er hat gefragt, wer diese Wende bezahlen wird. – Das muss geklärt werden, denn wir können uns eines nicht leisten: dass wir Standortpolitik, Wirtschaftspolitik auf Kosten der gesamten Wirtschaft und der österreichischen Bevölkerung riskieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein weiterer wichtiger Punkt, den ich an dieser Stelle ansprechen möchte, ist zum Beispiel der ländliche Raum, eines meiner Lieblingsthemen, da ich ja selbst im Regionalvorstand, im Regionalmanagement meines Heimatbezirks bin. Die

Abgeordneten sprechen in ihren Sonntagsreden immer so locker und flapsig vom ländlichen Raum, von dessen Ausdünnung, der man entgegenwirken müsse, und, und, und – und dann beschließen wir REPROs, Regionale Entwicklungsprogramme, die aber im Endeffekt nicht mit den Dingen, die wir hier beschließen sollen, konform gehen. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Natürlich ist das nicht Bundeskompetenz, wir sprechen hier von Länderkompetenz, von Gemeindekompetenzen, aber insgesamt geht Umweltpolitik uns alle an; das beginnt in der Gemeinde, in den Ländern und betrifft dann natürlich auch den Bund.

Klimaschutz hört nicht an der Staatsgrenze auf, im Endeffekt brauchen wir da einen internationalen Schulterchluss. (*Zwischenruf des Abg. Höfinger. – Abg. Brunner: Das ist das Paris Agreement!*) – Absolut, aber die Frage ist, wie wir diese Ziele erreichen sollen und auch erreichen können. Da gibt es keinen einzigen konkreten Vorschlag von Ihnen, wie wir das lösen sollen. Und gehandelt wird im Staat, in unseren Bundesländern ganz anders.

Ich nehme Graz als Beispiel her: In Graz ziehen pro Jahr 10 000 bis 15 000 Menschen zu, ohne dass wir Lösungsansätze finden, der Ausdünnung des ländlichen Raums entgegenzuwirken. Das Entscheidende daran ist, dass damit auch soziale Brennpunkte geschaffen werden. Wir schaffen da soziale Brennpunkte, was im Endeffekt nicht im Einklang mit der Umwelt und mit den Anforderungen des ländlichen Raums steht.

Der Verkehr war gestern Thema hier im Hohen Haus; wir haben die flächendeckende Lkw-Maut beschlossen. Die Zweckwidmung ist eine essenzielle Forderung unsererseits, wir sagen, die MÖSt, die Mineralölsteuer muss in diesem Bereich für die Infrastruktur und auch für die Verkehrsmobilität zweckgewidmet und auch entsprechend für den öffentlichen Verkehr eingesetzt werden. Dann wären all diese Themen, diese neuen Belastungen für die Bürger vom Tisch und es gäbe auch eine Entlastung der Bevölkerung.

Wer wird diese Wende bezahlen? – Die Standortpolitik. Ich habe es schon vorhin erwähnt, der Vorstandsvorsitzende der voestalpine Dr. Eder hat hier ganz eindrücklich und auch unverblümt erklärt, was da notwendig wäre. Es wäre auch wichtig, dass wir eine Energieautarkität entstehen lassen, auch dass Wind, Sonnenkraft und Wasserkraft in diesem Punkt wesentlich stärker und besser gefördert werden. Das wäre unser Ansatz im Bereich der erneuerbaren Energien; auch im Hinblick darauf, dass im Herbst das Ökostromgesetz beschlossen werden soll, wäre das ein wichtiger Punkt.

Ein Punkt betreffend Landwirtschaft – wenn ich den ÖVP-Sektor hernehme –, den wir ganz strikt ablehnen, ist der Bereich Biomasse und Biogas, denn da werden landwirtschaftliche Nutzflächen verwendet; das wird im Endeffekt in die Luft geblasen, ohne dass darauf geachtet wird, dass dafür beste und schönste landwirtschaftliche Flächen verwendet werden. Da ist unser Ansatz, dass wir unsere Landschaft nicht opfern dürfen. *(Zwischenruf des Abg. Höfinger. – Abg. Brunner: Sie sagen jetzt, was Sie alles nicht wollen! Was sind Ihre Lösungsvorschläge?)*

Unser Lösungsvorschlag: Wir setzen auf Wind-, Sonnen- und Wasserkraft. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenruf des Abg. EBI.)*

13.15

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Höfinger. – Bitte.